

Frauenpolitik

Gleichberechtigte Teilhabe sichern, Altersarmut verhindern, geschlechtergerechte Gesundheitspolitik umsetzen

Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

GG §3, Abs.2

Dies muss immer Maßstab für politische Weichenstellungen sein und sich in den Bereichen politische Teilhabe, Lohn- und Rentengerechtigkeit sowie in der Frauengesundheit konkret niederschlagen. Einen guten Ansatz sieht der dlv zudem in der Einführung eines geschlechtergerechten Bundeshaushaltes. Der dlv fordert:

MEHR FRAUEN IN DEN GREMIEN – EINFÜHRUNG EINES PARITÄTSGESETZES

- Zeitnahe Einsetzung einer paritätischen Reformkommission im Deutschen Bundestag und Vorlage von konkreten Ergebnissen bis zum 30. Juni 2023
- Einführung eines Paritätsgesetzes im Wahlrecht bei den Listen und Direktmandaten und erstmalige Anwendung bei den Bundestagswahlen 2025
- Änderung der 40-Prozent-Soll-Quote bei den Vorschlagslisten zur Sozialwahl, in eine verpflichtende Regelung. Vorschlagslisten, die die Quote nicht erfüllen, werden zurückgewiesen.

LOHNLÜCKE SCHLIESSEN, GESETZLICHE RENTE STÄRKEN

- Stärkung des Entgelttransparenzgesetzes durch Einführung eines Verbandsklagerechts
- Anreize für gleichberechtigte Aufteilung der Care-Arbeit schaffen, wie z.B. Einführung von Gutscheinen für haushaltsnahe Dienstleistungen
- Kein Anheben der Entgeltgrenze für geringfügig entlohnte Beschäftigung („Minijobs“)
- Stabilisierung bzw. Anhebung des Rentenniveaus und Absenkung der Beitragsjahre bei der Grundrente
- Anerkennung von Pflegeleistungen in der Rente: Abschaffung der Ungerechtigkeit, dass Erwerbstätige, die mehr als 30 Stunden arbeiten, keine zusätzliche Anerkennung in der Rentenversicherung erhalten

UMSETZUNG EINER GESCHLECHTERGERECHTEN GESUNDHEITSPOLITIK

- Stärkere Berücksichtigung der geschlechtergerechten Sichtweise in allen Bereichen des Gesundheitswesens, der Ausbildung und Forschung sowie eine verbesserte gesundheitliche Information von Frauen
- Anhebung der aktuell geltenden Altersgrenze im qualitätsgesicherten Mammographie-Screening-Programm (MSP) zur Früherkennung von Brustkrebs bei Frauen von derzeit 69 Jahre auf 74 Jahre
- Das Schließen von Geburtsstationen und Kreißsälen stoppen und die Ansiedlung von Hebammen in Kooperation mit Gynäkologinnen und Gynäkologen aktiv fördern und durch Etablierung medizinischer Versorgungszentren in ländlichen Räumen sicherstellen.

“ *Männer und Frauen sind gleichberechtigt.* ”